

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heuseallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

Inhalt

Landesausschuß-Vorsitzender Peter von Oertzen erwartet als Folge der Niedersachsen-Wahl einen Rechtsruck bei der CDU.

Seite 1/2

SPD-Landesvorsitzender Oswald Paulig wertet das Hamburger Wahlergebnis als Ansporn für noch mehr Bürgernähe.

Seite 3

Hans Urbaniak MdB würdigt die Besserstellungen für ausländische Arbeitnehmer.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

33. Jahrgang / 105

6. Juni 1978

Das Albrecht-Modell ist gescheitert

Die Polarisierung der Kräfte wird vermutlich zunehmen

Von Peter von Oertzen MdL

Vorsitzender des SPD-Landesausschusses Niedersachsen

Auf den ersten Blick bietet das Ergebnis der niedersächsischen Landtagswahlen keine besondere Überraschung: Die CDU mit dem Amtsbonus des Ministerpräsidenten Albrecht hat ihr Oppositionsergebnis von 1974 knapp halten können; die SPD hat leicht verloren; die FDP hat ihre schwankende Politik mit dem abermaligen Sturz unter die Fünf-Prozent-Grenze bezahlen müssen. Bemerkenswert - wenn auch nicht mehr ganz und gar überraschend - ist der Achtungserfolg der "Grünen" mit beinahe vier Prozent. Immerhin sind sie in der Landeshauptstadt Hannover nunmehr genauso stark wie die FDP; und das in einer Hochburg der Liberalen, die hier noch bei den Bundestagswahlen 1976 annähernd zehn Prozent erhielten.

Das Ergebnis ist für die Sozialdemokratie natürlich unbefriedigend und die Aussicht auf weitere vier Jahre "Albrecht-Politik", d.h. liberal getarnte reaktionäre CDU-Politik ist auch nicht erfreulich. Die Wahlergebnisse selbst geben genügend Anlaß zum gründlichen Nachdenken und zum Überprüfen unserer politischen Arbeit. Die einzelnen Resultate sind sehr unterschiedlich: Wahlbeteiligung zwischen 66,8 Prozent und 86,3 Prozent, Gewinne von 3,9 Prozent und Verluste von 4,1 Prozent lassen keine vorschneilenden Erklärungen zu. Nur eine Tendenz scheint durchgehend zu sein: Verluste in den Städten (häufig zu Gunsten der "Grünen") und gute Ergebnisse auf dem Lande.

Aber in den eigentlichen landespolitischen Folgen liegt nicht der entscheidende Effekt der Niedersachsen-Wahl. Albrecht und vor allem sein liberaler Vormann Kiep wollten

ein Modell für den Machtwechsel in Bonn schaffen: Eine liberal firmierende CDU sollte mit einer von der SPD abgeworbenen FDP in Bonn eine neue Mehrheit bilden. Zugleich sollte auf diese Weise innerhalb der CDU/CSU der erhitzte innerparteiliche Kleinkrieg zwischen den Liberal-Konservativen einerseits und den Rechtsreaktionären um Dregger und Strauß andererseits zu Gunsten der ersteren entschieden werden.

Dieser Versuch ist vollständig mißlungen. Die FDP kann - wenn überhaupt - nur als sozialliberale Partei an der Seite der SPD überleben. Im Bündnis mit Kanzler Helmut Schmidt haben die Liberalen noch eine Chance; ein Wechsel zur CDU wäre mit Sicherheit das Ende. Das "Modell Hannover" oder - wie Kiep es einmal formuliert hat - der "Brückenkopf" am anderen Ufer einer CDU/FDP-Mehrheit in Bonn ist unwiderruflich zerstört.

Dies wird mit Sicherheit schwerste Auswirkungen auf die innerparteilichen Kräfteverhältnisse in der CDU/CSU haben. Kohl, dessen Ansehen in der Öffentlichkeit ohnedies rapide sinkt, hat nun Strauß keine alternative Strategie der Machteroberung mehr entgegenzusetzen. Entweder Dregger-Strauß setzen sich auch in der CDU durch oder die bundesweite CSU marschiert. Auch in der niedersächsischen CDU ist die Stellung der christlich-sozialen und der liberalen Kräfte geschwächt worden, die sich bisher immer noch auf den liberalen Koalitionspartner stützen konnten. Die Partei ist an der Basis mehrheitlich rechtskonservativ bis deutschnational; und die neue Landtagsfraktion tendiert ebenfalls in diese Richtung. Albrecht selbst ist alles andere als ein Liberaler; er ist im Grunde genauso reaktionär wie Strauß, nur daß dieser die stärkere Persönlichkeit, der klügere Kopf und der volkstümlichere Redner ist.

In der Folge dieser Entwicklungen wird die Polarisierung in der westdeutschen Politik vermutlich zunehmen. Das wird dann freilich auch die SPD nicht unberührt lassen. Die Erfolge der "Grünen" - so schwammig diese politische Formation zur Zeit auch sein mag - sind ein Warnzeichen. Es besteht die Gefahr, daß unzufriedene SPD-Wähler in ihnen in Zukunft eine Alternative sehen könnten, wenn die Sozialdemokratie ihren gesellschaftskritischen Neigungen und ihren Reformwünschen nicht gerecht wird.

(-/6.6.1978/ks/10)

+ + +

Erfolg politischer Geschlossenheit

Wahlerfolg der Hamburger SPD kommt nicht von ungefähr

Von Oswald Paulig

Landesvorsitzender der SPD Hamburg

Der Erfolg der SPD in Hamburg ist ein Triumph der Geschlossenheit. Hans-Ulrich Klose, der Erste Bürgermeister, war unbestrittener Mann der ganzen Partei für das erste Amt in diesem Stadtstaat. Dafür haben alle diszipliniert und aufopferungsvoll gekämpft, unermüdlich und beispielhaft auch der Spitzenkandidat.

Überhaupt kennzeichnet die Hamburger SPD ein hohes Maß an Disziplin. Dies zeigte sich bei der Wahlschlappe 1974, als mit Ruhe und Besonnenheit das Notwendige veranlaßt wurde. Das zeigte sich auch, als einige glaubten, sich links oder rechts vom Parteiprogramm profilieren zu können. Von denen haben wir uns getrennt. Und da die Parteiführung eine ihrer Hauptaufgaben darin sah und sieht, unterschiedliche Meinungen zu integrieren, war es immer möglich, auch nach heftig geführten politischen Kontroversen, den notwendigen Konsens zu finden. So wird es auch bleiben.

Gerade die absolute Mehrheit kann verführerisch sein, sich auf Erreichtem auszu-ruhen. Doch der wachsende Anteil an Stimmen für die Splitterparteien zeigt, daß wir uns intensiver noch um den Dialog mit dem Bürger bemühen müssen, ja, daß gerade die SPD als sein Anwalt auftreten muß. Wie schnell man - teilweise auch ungerechterweise - in den Keller fallen kann, zeigt das Abschneiden der FDP. Wir jedenfalls haben die große Chance, in den nächsten vier Jahren eine stark akzentuierte sozialdemokratische Politik zu betreiben: Dies wird eine Politik des sozialen Ausgleichs, des Ausbaus der wirtschaftlichen Kraft und des Lebenswertes unserer Stadt und der fachlichen Kompetenz sein. (-/6.6.1978/ks/lo)

+ + +

Beitrag zur Integration

Aufenthaltsrecht für ausländische Arbeitnehmer verbessert

Von Hans Urbaniak MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Ausländische Arbeitnehmer" der SPD-Bundestagsfraktion

Ein weiteres Beispiel für eine gute Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern wurde jetzt geliefert. Zu den "Vorschlägen der Bund-Länder-Kommission zur Fortentwicklung einer umfassenden Konzeption der Ausländerbeschäftigungspolitik", die im vergangenen Jahr vorgelegt wurden, gehören auch konkrete Schritte einer von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion geforderten und geförderten Integrationspolitik. Es ist unsere Auffassung, daß jene ausländischen Arbeitnehmer, die zwar mit ihrer Arbeit unsere Wirtschaftskraft stärken, aber wegen ihrer Herkunft aus Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft einer besonderen Aufenthaltserlaubnis bedürfen, verbesserte Rechtsansprüche nach dem Ausländergesetz erhalten sollen.

In Erfüllung dieser berechtigten Forderung, die im wesentlichen auch übereinstimmt mit den entsprechenden Beschlüssen unserer Parteitage und der Bundestagsfraktion, hat die Bundesregierung eine "Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes" beschlossen, der am 2. Juni 1978 - nach einigen Ringkämpfen hinter den Kulissen - auch das Plenum des Bundesrates zustimmte.

Was wird sich nun praktisch für die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen ändern?

- 1/ In Zukunft wird nach der ersten, auf ein Jahr befristeten Aufenthaltserlaubnis eine Verlängerung jeweils für zwei Jahre erteilt (bisher jährlich neu zu beantragen).
- 2/ Nach einem fünfjährigen, ununterbrochenen Aufenthalt wird ausländischen Arbeitnehmern eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt.
- 3/ Bei Ehegatten wird entsprechend verfahren.

4/ Wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit gelten bei den Kindern ausländischer Arbeitnehmer noch günstigere Bestimmungen und - bei gegebenen Voraussetzungen - abgekürzte Fristen.

5/ Nach einem rechtmäßigen Aufenthalt in der Bundesrepublik von acht Jahren wird eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung erteilt.

Voraussetzungen für die unbefristete Aufenthaltserlaubnis und -berechtigung sind u.a.

- a/ Kenntnis der deutschen Sprache in einfacher Art;
- b/ eine angemessene Wohnung;
- c/ Erfüllung der Schulpflicht der hier lebenden Kinder.

Besonders die Bestimmungen zu b/ und c/ dienen dem Wohl der bei uns aufwachsenden Kinder. Was die Sprachkenntnisse betrifft, so ist sichergestellt, daß keine unerfüllbaren Ansprüche gestellt werden.

Mit den nunmehr rechtsgültig verabschiedeten neuen Regelungen hat die sozialliberale Koalition erneut das Versprechen hinsichtlich stärkerer sozialer Integration für die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien erfüllt. Keiner wird zur Eingliederung gezwungen, keiner wird grundlos zwangsweise abgeschoben, aber den hier arbeitenden und lebenden rechtschaffenen Ausländern gilt unsere selbstverständliche soziale Fürsorge.

(-/6.6.1978/vo-he/10)

+ + +